

Nyugat-Európai Országos Magyar Szervezetek Szövetsége (NYEOMSZSZ)



Bund Ungarischer Landesverbände in Westeuropa

ERKLÄRUNG

Die ungarischen Landesverbände in Westeuropa, die in England, Österreich, der Tschechischen Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Niederlande, Polen Lettland, Litauen, Deutschland, Norwegen und in der Schweiz tätig sind, beobachten mit großer Sorge und Bestürzung die Flut von negativen Veröffentlichungen, die die Medien aber auch die Weltbank, die Europäische Zentral Bank (EZB) sowie die Europäische Union (EU) gegen Ungarn gestartet haben. Die in den einzelnen Berichten der Medien gezeigten Tendenzen sind zumeist voreingenommen, verfälscht und entsprechen nicht dem wahren Bild Ungarns. Hierzu dient als empörendes Beispiel die Berichterstattung über den Friedensmarsch in Budapest am 21.01.2012 mit ca. 400.000 Teilnehmern. Die Medien haben diese landesweite Demonstration entweder einfach verschwiegen oder aber als ein bedeutungsloses Ereignis dargestellt, an dem nur "mehrere Zehntausende" Personen teilnahmen. Die Demonstranten erklärten sich solidarisch mit Ungarn und verwahrten sich gegen die das Land gerichteten Unwahrheiten.

Gegen die einseitige und offensichtlich gesteuerte Stimmungsmache wenden wir uns unter Berufung auf die objektiven Fakten mit der ausdrücklichen Feststellung, dass Ungarn ein demokratischer Staat ist, in dem jeder Staatsbürger und jede Minderheit Schutz und Sicherheit findet hinsichtlich ihrer Menschenwürde und Freiheitsrechte. Gleichzeitig zieht die internationale, finanzielle und wirtschaftliche Krise auch in Ungarn schwerwiegende Folgen nach sich. Die gegenwärtige Regierung muss, verursacht durch die wirtschaftlichen Fehlgriffe der vorherigen Regierung, im Interesse des Landes einen härteren Wirtschaftskurs anstreben. Hierfür wären eher Verständnis und Unterstützung erforderlich, denn es geschieht auch im Interesse Europas.

Gegen die ursprünglich aus den USA kommenden lawinenartigen Finanz- und Wirtschaftskrisen erwiesen sich die Maßnahmen der internationalen Geldinstitute ebenso wie die der EU als wirkungslos bzw. als nicht ausreichend.

Die EU war außerstande sich eine von allen Mitgliedstaaten akzeptierbare perspektivische Verfassung zu geben. Am Beispiel Griechenlands zeigt sich zudem erneut, wie schwer es der EU fällt, Krisen zu meistern.

In dieser Situation versuchen der IWF und die EU von dem eigentlichen Problem abzulenken, in dem sie die Diskriminierung und unter Drucksetzung Ungarns als Ersatzlösung gebrauchen. Der BULWE fordert mit Nachdruck die Einstellung dieses würdelosen Vorgehens sowie der weiteren Verbreitung von Unwahrheiten. Entschieden weisen wir alle Methoden der psychologischen Stimmungsmache zurück, die unter dem Deckmantel der Demokratie gegen Ungarn gerichtet worden sind.

Ungarn verdient Aufmerksamkeit und Unterstützung, damit es als Mitgliedstaat, im Interesse der EU, seine Wirtschaft konsolidieren und mit einer ausgeglichenen Politik und Gesellschaft seinen Beitrag zur europäischen Integration leisten kann.

Die Medien müssen Augenmaß bewahren, um objektiv und wahrheitsgemäß über Ungarn zu informieren, ohne Vorurteile politischer und ideologischer Art. Ungarn hat seine Treue und innere Verpflichtung gegenüber dem Geist und den Werten Westeuropas über Jahrhunderte hinweg mit erheblichen Opfern unter Beweis gestellt. Die Veröffentlichungen und Berichte der letzten Wochen und Monate ignorieren größtenteils eben jene Werte und verstärken somit in Ungarn das Gefühl der Verunsicherung und des Misstrauens gegenüber der EU.

Solidarität mit Ungarn!

Wien – Frankfurt/Main – Stockholm, Januar – März 2012

Szabolcs Bihari
stellv. Vorsitzender

Dr. Ernő Deák
Vorsitzender

Dr. Kornél Klement
stellv. Vorsitzender

Tájékoztató / Informationen: <http://www.nyeomszsz.org>

A Szövetség Stockholmban bejegyzett és közhasznú / Der Bund ist in Stockholm eingetragen und gemeinnützig